

Landtag im Fokus

Informationen aus Düsseldorf
für unseren Kreis Kleve



Margret Voßeler MdL

www.margret-vosseler.de
www.facebook.com/margret.vosseler



Dr. Günther Bergmann MdL

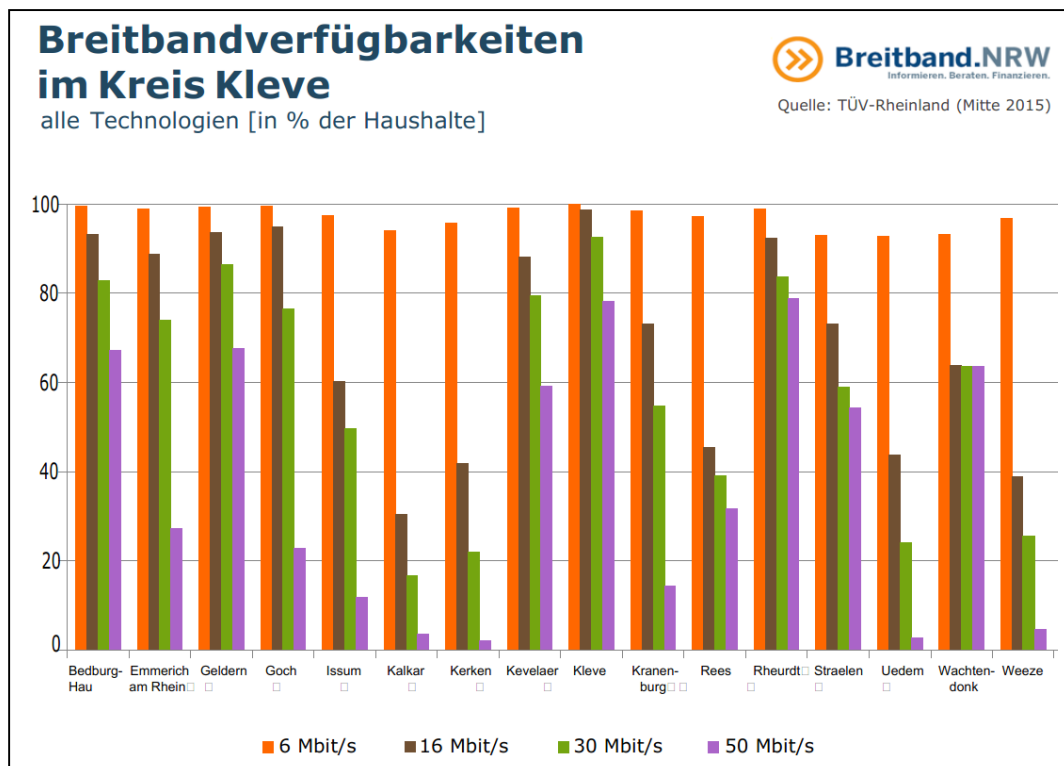
www.guentherbergmann.de
www.facebook.com/drguentherbergmann

- Breitbandausbau im Kreis Kleve lässt zu wünschen übrig
- Personalsituation bei Polizei im Kreis Kleve verbessern
- Zukunft der Wasserschutzpolizei Emmerich bedroht
- Kita-Finanzierung: Kindpauschale nicht auskömmlich
- LEP und Flughafen Weeze
- Pläne zu Hafenerweiterungen Emmerich müssen in den LEP
- Finanzierung künstlicher Befruchtung
- Landesnaturschutzgesetz schadet dem ländlichen Raum
- Ressourcen fürs Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung Kleve sichern
- Wachstumsdefizit unter Rot-Grün immer größer
- Neubau und Sanierungen für LVR-Klinik erneut verschoben
- B 67n muss bis zur BAB 57 fertiggestellt werden
- Rot-Grüne Ablehnungspolitik
- Unser Extra: „kurz und prägnant“ auf Seite 6

Breitbandausbau im Kreis Kleve lässt zu wünschen übrig

Im Nachgang zum Fachgespräch der CDU-Landtagsfraktion zum Thema Breitbandausbau erhalten Sie hier die „Verfügbarkeitstabelle“ von Breitband.NRW bezüglich Up- und Downloadvolumina in den 16 Städten und Gemeinden unseres Kreises Kleve.

Für die CDU steht fest: Die flächendeckende Versorgung – auch der ländlichen Regionen – mit schnellem Internet ist eine Schlüsselaufgabe der Landespolitik!



Personalsituation bei Polizei im Kreis Kleve verbessern

Da die Landesregierung eine Kleine Anfrage (Drucksachennummer = DS 16/10330) von Dr. Günther Bergmann MdL vom November des letzten Jahres bezüglich der Personalsituation bei der Polizei im Kreis Kleve teils unvollständig beantwortet hatte (DS 16/10578), ergaben sich Nachfragen sowie weiterer Informationsbedarf. Zumal in den nächsten Jahren massiver Personalmangel angesichts anstehender Zurrhesetzungen von Polizeibeamte/-innen, persönlicher Versetzungswünsche, unzureichender Nachersetzungen sowie auf Grund von Personaldefiziten wegen Elternzeit, Mutterschutz, Beurlaubungen oder langfristiger Krankheitsfälle droht. Vor diesem Hintergrund hakte Bergmann noch einmal mit einer weiteren Kleinen Anfrage (DS 16/10825) nach. Die Antwort des Justizministeriums (DS 16/11135) offenbart, dass trotz der steigenden Anforderungen an den Kreis Kleve (wachsender Landkreis, Einwohnerzuwachs, höhere Sicherheitsanforderungen an den Staat ...) die Personalentwicklung bei der Polizei rückläufig ist, in den letzten zehn Jahren um sieben Planstellen. Wobei Planstellen nicht gleich „Köpfe“ sind.

Es lohnt sich, die Antwort des Ministeriums aufmerksam zu lesen. Denn auf den ersten Blick könnte der Eindruck entstehen, dass im selben Zeitraum mehr Polizeivollzugsbeamte/-innen (PVB) als Neuzugänge dazu kommen als sich zur Ruhe setzen. Aber zwei Dinge sind dabei zu beachten: Erstens werden bei den Neuzu-

gängen auch diejenigen PVB mitgezählt, die innerhalb derselben Behörde nur die Direktion wechseln. Zweitens sind die Ausfallzahlen von PVB enorm: Am Stichtag 01.10.2015 waren z.B. 21 PVB (von 462 insgesamt in der Kreispolizeibehörde Kleve, also fast fünf Prozent) entweder länger als 30 Tage lang krank, in Mutterschutz, ohne Dienstbezüge oder suspendiert und deswegen de facto abwesend.

Die vielen langen Arbeitsausfälle wegen Krankheit (17 PVB) sind alarmierend – Stichwort: hohe Arbeitsbelastung.

Eins steht aber fest: Gerade in dieser schwierigen Situation macht unsere Polizei im Kreis Kleve einen super Job. Das schlägt sich auch in den guten Aufklärungsquoten nieder, die aktuell über denen des Landes NRW liegen. Eine Tabelle zu den Aufklärungsquoten und Häufigkeitszahlen von Delikten finden Sie hier: <http://bit.ly/1M6Wijf>

Zukunft der Wasserschutzpolizei wache Emmerich bedroht

In einer Kleinen Anfrage (DS 16/9831) stellte Dr. Günther Bergmann MdL Ende September fünf konkrete Fragen zur Zukunft der Wasserschutzpolizei wache in Emmerich. Diese wurden von der Landesregierung wenige Tage später mit dem knappen Hinweis auf einen Sachstandsbericht beantwortet, der zum Zeitpunkt der Beantwortung der Anfrage bereits zwei Monate alt war (DS 16/9949).

Zwischenzeitlich liegt eine Antwort des Ministeriums von Jäger (DS 16/11149) auf eine von Bergmann nachgelegte zweite Kleine Anfrage (DS 16/10897) vor. In dieser

schiebt Minister Jäger den Kreispolizeibehörden vor Ort die Verantwortung der Organisationsentwicklung zu. Abgesehen von einem Hinweis auf einen Bericht der GdP Kreisgruppe Wasserschutzpolizei und einer Stellungnahme des Polizeipräsidiums Duisburg ist die Antwort leider wieder ziemlich nichtssagend. Daraufhin sorgte Bergmann dafür, dass sich der Innenausschuss auf Initiative der CDU noch einmal mit dem Thema beschäftigt. Die CDU-Fraktion beantragte für die Ausschusssitzung am 10.03.2016 einen neuen Sachstandsbericht über die Situation der Wasserschutzpolizei. Darin kündigt die Landesregierung einen Workshop zur Weiterentwicklung der Organisationsstruktur an; die CDU setzte durch, dass dabei alle Dienststellenleiter – also auch jener aus Emmerich – einbezogen werden sollen.

Kita-Finanzierung: Kindpauschale nicht auskömmlich

Dass sich viele Kindertageseinrichtungen heute in einer finanziellen Schieflage befinden, ist in erster Linie auf Unterlassungen und falsche Prioritätensetzungen der Landesregierung zurückzuführen. Sie hat wichtige Vereinbarungen mit Blick auf Finanzierungsfragen nicht umgesetzt und durch Änderungen am Kinderbildungsgesetz (KiBiz) die Lage sogar noch verschärft. Das KiBiz wurde 2008 von CDU und FDP im Einvernehmen mit allen relevanten Trägern auf den Weg gebracht und sollte 2011 auf Auskömmlichkeit der Kindpauschale hin evaluiert werden. Rot-Grün setzte diese wichtige Überprüfung nach dem Regierungswechsel 2010 aus – mit dem

Ergebnis, dass Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren unterfinanziert waren.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in den letzten Jahren immer wieder bemängelt, dass die jährliche Erhöhung der Kindpauschale um 1,5% nicht ausreicht, um etwa Tariferhöhungen aufzufangen. Eine Dynamisierung der Kindpauschale ist dringend notwendig. Die Landesregierung schaffte es erst im Dezember 2015, sich mit den beteiligten Akteuren zu einigen. Eine Brückenlösung sieht vor, dass die Kindertageseinrichtungen vom Kindergartenjahr 2016/17 bis 2018/19 frei gewordene Bundesmittel aus dem Betreuungsgeld erhalten. Dabei werden 100 Mio. € über ein dreijähriges Ü3-Investitionsprogramm ausbezahlt und weitere 330 Mio. € über einen allein landesseitig zahlbaren Zuschuss zu den Kindpauschalen weitergegeben. Ergänzend wird die gesetzlich vorgesehene Dynamisierung dieser Pauschalen für die genannten drei Kindergartenjahre von 1,5% auf 3% p.a. angehoben. Ab dem Kindergartenjahr 2019/20 geht die Dynamisierung wieder auf den gesetzlich vorgesehenen Wert von 1,5% p.a. zurück.

Entgegen der Forderung der CDU-Landtagsfraktion werden die Bundesmittel jedoch nur in reduzierter Form zur Qualitätsverbesserung eingesetzt.

LEP und Flughafen Weeze

In einem Schreiben an Wirtschaftsminister Duin setzte sich Dr. Günther Bergmann MdL Ende letzten Jahres erneut für die Einstufung des Flughafens Weeze-Laarbruch, der Nummer vier der Flughäfen in NRW, als „landesbedeutsam“ ein. Der

stark grenzüberschreitend tätige Flughafen spielt besonders für die Regionen Niederrhein, Ruhrgebiet, Westmünsterland sowie östliche Niederlande eine herausragende Rolle. Problem: Der LEP verweist immer noch auf die inzwischen völlig veraltete Luftverkehrskonzeption aus dem Jahr 2000, deren Daten deutlich älter als 15 Jahre sind und die eigentlich 2010 hätte aktualisiert werden sollen. Darin wird der Flughafen Weeze – bar jedem Blick für die Realitäten – immer noch als Konversionsprojekt geführt.

Auch Margret Voßeler MdL stellte nun eine Kleine Anfrage zu dem Thema (DS 16/11298), die hoffentlich neue Informationen bringt.

Übrigens: Auch der Bund der Steuerzahler NRW lobt den Flughafen Weeze als „wirtschaftlichen Musterknabe(n)“ und unterstützt so unsere Forderung. Der Link zum Artikel:

<http://bit.ly/1XuqnKd>

Pläne zu Hafenerweiterungen Emmerich müssen in den LEP

Im oben bereits erwähnten „Brief an Duin“ nahm Dr. Günther Bergmann MdL nicht nur Stellung zur Einstufung des Flughafens Weeze als „regionalbedeutsam“, sondern setzte sich auch für die Belange des Hafens Emmerich ein. Zwar wurde das Rhein-Waal-Terminal im zweiten LEP-Entwurf endlich „landesbedeutsam“ eingestuft. Aber für die Hafen-Entwicklung ist es besonders wichtig, dass die Erweiterungspläne in die derzeit bestehende FFH-Fläche auf der Landzunge am Rhein auch in dem Konzept Wasserstraßenverkehr, Binnenhäfen und

Logistik in NRW berücksichtigt werden und dieses dann Bestandteil des LEP bleibt. Der Hinweis auf das Konzept, das die Fortschreibung des Wasserstraßenverkehrs- und Hafenkonzepkt NRW ist, wurde aber aus dem jüngsten Entwurf des LEP gestrichen. Und das, obwohl das Konzept gerade neu verfasst wird.

In seiner recht unkonkreten Antwort verweist Minister Duin darauf, dass sich der Entwurf des neuen Konzepts zurzeit in Ressortabstimmung befindet und deswegen zu einzelnen Hafenstandorten keine detaillierten Auskünfte erfolgen könnten. Eine erste Vorstellung des neuen Konzepts soll im April erfolgen...

Finanzierung künstlicher Befruchtung

Anfang 2016 trat die geänderte Bundesrichtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen der assistierten Reproduktion in Kraft. Diese greift gesellschaftliche Veränderungen auf. So erhalten zukünftig auch unverheiratete Paare Unterstützung bei Kinderwunschbehandlungen. Aktuell wird jedes dritte Kind in eine Familie hineingeboren, in der die Eltern nicht verheiratet sind. Die CDU-Landtagsfraktion begrüßt die geänderte Richtlinie, da sie veränderten Realitäten Rechnung trägt. Paare, die in nicht-ehelicher Lebensgemeinschaft leben, erhalten künftig Zuwendungen für die erste bis dritte Behandlung in Höhe von bis zu 12,5% der Kosten, und für die vierte Behandlung werden Zuwendungen in Höhe von bis zu 25% des Selbstkostenanteils gewährt. Voraussetzung für die Unterstützung ist aber auch

weiterhin, dass die Paare ihren Hauptwohnsitz in einem Bundesland haben, das sich finanziell mit einem eigenen Förderprogramm beteiligt (Bundesländer-Kooperation). In der Sitzung des Ausschusses für Familie, Kinder und Jugend am 21.01.2016 machte die Landesregierung deutlich, sich auch künftig nicht an einer solchen Bundesländer-Kooperation beteiligen zu wollen. Sie sieht dies als ausschließliche Verantwortung der Krankenkassen...

Landesnaturenschutzgesetz schadet dem ländlichen Raum

Nach dem 2015 verabschiedeten Landesjagdgesetz und der ebenfalls anstehenden Novelle des Landeswassergesetzes nimmt Umweltminister Remmel den ländlichen Raum wieder verschärft ins Visier. Vor allem wird der wirtschaftliche Druck auf die Landwirte erhöht. Zur Erläuterung: Anfang 2015 wurden 48,5% (= 16.547 km²) der Fläche NRWs landwirtschaftlich genutzt. Diese Fläche ist in den letzten zehn Jahren allerdings um 3,3% geschrumpft (= rund 77.000 Fußballfelder). Daneben steigen die Bodenpreise und damit verbunden auch die Pachtpreise. Hinzu kommen erhebliche Absatzschwierigkeiten gerade im Bereich Milcherzeugung und Schweinemast. Die Einkommen in der deutschen Landwirtschaft sind allein im Wirtschaftsjahr 2014/15 gegenüber dem Vorjahr um durchschnittlich 35% gesunken. Ein Zusammenschluss von 17 unabhängigen Organisationen aus Landwirtschaft, Grundbesitzern, Forst, Gartenbau, Jagd und Fischerei hat das „Aktionsbündnis Ländlicher Raum“ gegründet, das die Interessen von

mehr als 600.000 Mitgliedern vertritt. Ein Beispiel für die Überregulierung im neuen Landesnaturenschutzgesetz: Die Landesregierung plant, ein Netz räumlich oder funktional verbundener Biotope auszuweisen. Die Flächen sollen mindestens 15% der Landesfläche umfassen. Derzeit sind wir schon bei über 14% mehr, als im Bundesnaturenschutzgesetz gefordert (10%). Die Planungen von Minister Remmel könnten den Druck auf landwirtschaftliche Flächen weiter erhöhen. Die CDU-Landtagsfraktion steht an der Seite des „Aktionsbündnisses Ländlicher Raum“ und wird dem Gesetzesentwurf nicht zustimmen.

Ressourcen fürs Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung Kleve sichern

Mit dem Entwurf der Verordnung zur Änderung von Vorschriften der Lehrerausbildung (Fassung: 17.09.2015) löste das zuständige Fachministerium auch im Zentrum für schulpraktische Lehrerausbildung Kleve (kurz: ZfsL Kleve) erhebliche Verunsicherung und Unruhe aus, da laut Entwurf bewährte Grundlagen für die anzurechnenden Ermäßigungsstunden aufgegeben werden sollen. Daher fragte Dr. Günther Bergmann MdL beim Ministerium nach (DS 16/10737). In der Antwort (DS 16/11167) argumentiert die Landesregierung, dass es notwendig sei, die Anrechnungspraxis an die für Ausbildungszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsstellen zu binden. Die Ermäßigungsberechnung habe sie außerdem mit erheblicher Erhöhung des Stellenansatzes verbunden. Auch beim Thema Lehrerausbildung zeigt sich

erneut, dass die Landesregierung den ländlichen Raum benachteiligt, denn für ländlich strukturierte Seminargebiete mit längeren und zeitaufwändigeren Distanzen lehnt sie Sonderregelungen bzgl. Fahrtzeiten ab. Ebenso stellt sie sich bei einer zu den Ausbildungshalbjahren exakt gleichlaufenden Anrechnung von Wochenstunden auf die schulische Unterrichtsverpflichtung quer. Für die Leiter/-innen hat das eine zeitweise Doppelbelastung zwischen Meldung der Referendarzahl und Beginn der Entlastung zur Folge. So werden Fach- und Kernseminarleiter teilweise erst mit dreimonatiger Verzögerung entlastet. Eine Öffentliche Anhörung zum Thema Lehrerausbildung fand am 17.02.2016 im Landtag statt, zu der Bergmann auch die Leiterin des ZfsL Kleve, Frau Dr. Micaela Krone, eingeladen hatte. Während der Anhörung wurden die in der Kleinen Anfrage geäußerten Bedenken auch von den eingeladenen Experten vorgetragen. Das ZfsL Kleve bietet mit rund 80 Ausbildern/-innen im Kreis Kleve und am unteren Niederrhein von Moers bis Hammingen künftigen Lehrern/-innen im Rahmen des Vorbereitungsdienstes beste Ausbildungsbedingungen. Die Arbeit des ZfsL ist wichtig, um Pädagogen/-innen für den ländlichen Raum, also auch für unseren Kreis Kleve, zu gewinnen.

Wachstumsdefizit unter Rot-Grün immer größer

Seit 1991 wächst die Wirtschaft in NRW unterdurchschnittlich. Zwischen 1991 und 2012 wuchs die Wirtschaft in unserem Land jedes Jahr durchschnittlich um 0,4 Prozent-

punkte langsamer als im bundesdeutschen Schnitt. Anstatt das Wachstumsdefizit zu bekämpfen, vergrößert es sich unter Rot-Grün: Nach dem aktuellen Konjunkturbericht des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung hat sich die Wachstumslücke 2015 auf 0,8 Prozentpunkte gar verdoppelt.

Hätte NRW das Wachstum, das andere Länder haben, würde das Land jedes Jahr rund 3 Mrd. € mehr Steuereinnahmen erzielen. Das zeigt, was möglich ist, wenn Wachstum eine Priorität der Politik ist. Rot-Grün muss daher dringend den bisherigen wirtschaftsfeindlichen Kurs aufgeben und Impulse für die Schaffung neuer Arbeitsplätze setzen. Das heißt zum Beispiel:

- Abschaffung und Verzicht auf belastende Gesetze und Vorgaben für die Wirtschaft (Tariftreue- und Vergabegesetz, Klimaschutzgesetz und -plan, Landeswassergesetz, Landesnaturschutzgesetz)
- Verabschiedung eines an Wachstum und Beschäftigung orientierten Landesentwicklungsplans
- Mehr Investitionen in Infrastruktur, insbesondere in den Breitbandausbau.

Neubau und Sanierungen bei LVR-Klinik erneut verschoben

Nach aktuellem Stand der Planungen in Bezug auf Neubau und Sanierungsmaßnahmen bei der LVR-Klinik Bedburg-Hau erkundigte sich Dr. Günther Bergmann MdL erneut in einer Kleinen Anfrage (DS 16/10447). Nach Auskunft der Landesregierung (DS 16/10778) könne mit den Bauarbeiten für den Neubau voraussichtlich erst im Frühjahr 2018 begonnen wer-

den, sodass die Fertigstellung und Inbetriebnahme bis Oktober 2019 erfolgen würden. Im Anschluss daran könnten die Sanierungsmaßnahmen in den Häusern 25 und 28 durchgeführt werden.

Damit verschiebt sich der Start der Bauarbeiten um weitere 1,5 Jahre! Hätte man den Ankündigungen der Landesregierung aus dem Jahr 2013 Glauben schenken dürfen, so wäre das 69-BettenHaus der LVR-Klinik schon dieses Jahr fertig...

B 67n muss bis zur BAB 57 fertiggestellt werden

Kommunen und viele Unternehmen in unserer Region wünschen es sich schon lange: Eine schnellere Verbindung von A 3 (rechte Rheinseite) und A 57 (linke Rheinseite). Bis dato endet die gut ausgebaute Trasse der B67n in Kalkar-Kehrum. Dort müssen Wagen runter von der Schnellstraße und sich über kleinere Straßen Richtung Uedem und dann zur Auffahrt Kervenheim quälen. Am unteren Niederrhein fehlt ein neun Kilometer langes Teilstück.

Auf Nachfrage von Dr. Günther Bergmann MdL (DS 16/10394) verkündete das Verkehrsministerium, dass der technische Teil des Vorentwurfs abgeschlossen sei. Im Frühjahr werde ein abschließender Termin mit den „Trägern öffentlicher Belange“ folgen; dann werde die Öffentlichkeit beteiligt. Mit einer Genehmigung (Planfeststellungsbeschluss) rechnet das Ministerium 2017 – bislang war immer vom Baubeginn 2018 die Rede. Die Streckenführung sei außerdem ein wenig geändert worden. Die B67n solle zwischen dem Stück von der Boxteler Bahn (L77) bis zur Autobahn nach Westen rücken. Begrün-

det wird das mit „naturschutzfachlichen Gegebenheiten“ südlich des Gochfortzberges.

Rot-Grüne Ablehnungspolitik

Schon Monate vor den Ereignissen in der Silvesternacht hat die CDU-Landtagsfraktion Vorschläge gemacht, um die innere Sicherheit in NRW zu verbessern. Rot-Grün lehnte alle Anträge dazu ab!

Das Abstimmungsverhalten der SPD lässt einen die Stirn runzeln: Während der CDU-Antrag, Marokko, Algerien und Tunesien zu sicheren Drittstaaten zu erklären, mittags von Krafts SPD im Landtag abgelehnt wurde, stimmte SPD-Chef Gabriel dem Vorschlag abends in Berlin für den Bund zu.


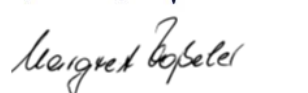
Auch lehnten SPD und Grüne im Januar erneut unsere Forderung nach Einführung von Body-Cams (Mini-Schulterkameras) ab, obwohl viele Bundesländer diese schon nutzen und die CDU-Forderung von den Polizeigewerkschaften ausdrücklich unterstützt wird. Und: Den Antrag, 5 Mio. € mehr in Polizei-Schutzwesten zu investieren, lehnte Rot-Grün auch erneut ab.

Zu guter Letzt:

Wir wissen, dass die Themen Asyl, Flüchtlinge und Zuwanderung derzeit die Diskussionen überlagern. Stellungnahmen dazu, etwa in Interviews mit der Presse, finden Sie auf unseren Internetseiten.

Hier stehen hingegen die vielen anderen, ebenso wichtigen, landespolitischen Themen „im Fokus“.

Wir wünschen Ihnen und Ihren Lieben ein frohes Osterfest.

Kurz und prägnant

Nordrhein-Westfalen belegt den letzten Platz...

... bei der U3-Betreuung

- niedrigste Betreuungsquote aller Bundesländer (25,8%)

... bei beruflicher Bildung

- niedrigster Anteil erfolgreicher Absolventen von Berufsfachschulen, Fachoberschulen und Fachschulen aller Bundesländer (67%)

... bei der Bildungsqualität

- schlechtestes westdeutsches Bildungssystem beim Vergleich der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft
- geringste Bildungsausgaben aller Bundesländer pro Schüler (durchschnittlich 5.700 €)

... bei Vollzeitbeschäftigung von Frauen

- niedrigster Anteil von Frauen in Vollzeitjobs (28%) aller Bundesländer

... beim Wirtschaftswachstum

- niedrigstes Wachstum des BIP im ersten Halbjahr 2015 unter allen westdeutschen Bundesländern

... bei der Gründerförderung

- schlechteste Benotung der Gründerförderung unter allen Bundesländern (Note 3,9 – „ausreichend“)

... bei der Beschäftigungsquote

- niedrigste Quote sozialversicherungspflichtig Beschäftigter aller deutschen Flächenländer (53,5%)

... bei Kommunal-Investitionen

- geringste kommunale Pro-Kopf-Investitionen aller westdeutschen Flächenländer

... beim Haushaltsdefizit im Ländervergleich

- schlechtestes Ergebnis unter allen Bundesländern beim Haushaltsdefizit 2015 (-684 Mio. € bei +2,828 Mrd. € Überschuss aller Länder zusammen)

... bei der Aufklärungsquote

- niedrigste Aufklärungsquote bei Straftaten aller deutschen Flächenländer (49,8%)

Nordrhein-Westfalen belegt den 1. Platz...

... bei Kinderarmut

- höchste Kinderarmutsquote aller westdeutschen Flächenländer (23,6%)
- höchste Steigerungsrate aller Länder 2010 bis 2014 (+ 12%)

... bei Klassengrößen und Studentenzahl pro Dozent

- größte Schulkassen aller Bundesländer (durchschnittlich 23,1 Schüler)
- die meisten Studenten pro Dozent aller Bundesländer (durchschnittlich 27,3 Studenten)

... bei der Bildungsarmut

- höchste Bildungsarmut aller deutschen Flächenländer laut Bildungsmonitor der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

... bei der Arbeitslosigkeit

- höchste Arbeitslosenquote aller westdeutschen Flächenländer (8% im Januar 2016)

... beim Stauaufkommen

- mit weitem Abstand größtes Stauaufkommen aller Bundesländer (mehr als Bayern und Baden-Württemberg zusammen)

... bei Firmeninsolvenzen

- höchste Quote (109 je 10.000 Unternehmen) und höchste absolute Zahl von Firmeninsolvenzen aller Bundesländer

... bei Menschen in Grundsicherung und Armut

- höchste Anzahl an Empfängern staatlicher Grundsicherung aller Bundesländer
- höchste allgemeine Armutsquote aller westdeutschen Flächenländer

... bei kommunalen Steuersätzen

- höchster Grundsteuersatz aller Bundesländer
- Höchster Gewerbesteuer-satz aller Bundesländer

... bei Verschuldung

- die meisten Gesamtschulden aller Bundesländer

... bei der Kriminalität

- höchste Kriminalitätsrate aller westdeutschen Flächenländer (0,085 verübte Straftaten je Einwohner)